

Mehr Zukunft, bitte!

Gemeinsame wirtschaftspolitische
Positionen des deutschen
Maschinen- und Anlagenbaus 2016



Inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Mehr Zukunft, bitte!
Vorwort des VDMA-Präsidenten Dr. Reinhold Festge
- 4** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 6** Außenwirtschaft
- 8** Digitalisierung – Industrie 4.0
- 10** Energie
- 12** Europa
- 14** Fachkräftesicherung/Bildung
- 16** Forschung
- 18** Soziale Sicherung
- 20** Steuern
- 22** Technikpolitik
- 24** Umwelt
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

Der VDMA im Profil

Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Mit über einer Million Beschäftigten im Inland, einer Produktion von 200 Mrd. € und einem Exportanteil von 77 % (Stand 2015) ist der deutsche Maschinen- und Anlagenbau größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland. Mit Technik für Menschen liefern wir Lösungen für die vor uns liegenden Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist Interessenvertreter, Dienstleister und Ansprechpartner für rund 3.200 überwiegend mittelständisch geprägte Unternehmen und damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 37 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national wie international für seine Mitglieder ein. Er vertritt ihre Interessen konstruktiv und ist insgesamt dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich ab aus der Überzeugung, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte die unverzichtbare Basis darstellen für den von Innovationen und Investitionen getragenen, einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



Mehr Zukunft, bitte!



Euro-Krise, Griechenland-Krise, Flüchtlings-Krise: Die Politik befindet sich laufend im Krisenmodus. Die Lösung von drängenden Aufgaben jenseits des schlagzeilenträchtigen Tagesgeschäfts wird dagegen vernachlässigt. Dabei müsste sich die Politik darüber im Klaren sein, dass sie nur dann wirtschaftspolitische Herausforderungen in den Griff bekommen kann, wenn das Haus insgesamt in Ordnung ist – ja, viele Probleme würden erst gar nicht entstehen.

Im Augenblick scheint die Politik sich einigermaßen erfolgreich durchzuwursteln. Der Arbeitsmarkt ist erstaunlich stabil, die Konjunktur zeigt keine bedrohlichen Schwankungen, und der Haushalt bewegt sich im Bereich der versprochenen schwarzen Null. Aber Tatsache ist: Es ist eben nur ein Durchwursteln. Mehr nicht. Die Folgen sind bereits abzusehen. Die Arbeitslosigkeit wird allein wegen des Flüchtlingsstroms wieder steigen, die Wachstumsraten bleiben überschaubar, die öffentliche Infrastruktur ist marode, die privaten Investitionen stocken, und die schwarze Null zeigt schon rötliche Verfärbungen. Je länger die Politik zaudert, die Aufgaben jenseits des Krisenmanagements in Angriff zu nehmen, wird sie neue schwierige Situationen produzieren.

Wo der VDMA vor allem politischen Handlungsbedarf sieht, skizziert er Jahr für Jahr mit seinen wirtschaftspolitischen Positionen. Sie sind ein Indikator dafür, welche Aufgaben auf die Politik neu hinzugekommen und welche Aufgaben – leider – unerledigt geblieben sind. Unsere wirtschaftspolitischen Positionen sind aber vor allem eine Aufforderung, dort Reformen einzuleiten, wo sie notwendig sind, damit es auch künftig Freude macht, sich unternehmerisch zu betätigen.

A handwritten signature in black ink, which reads "Festge".

Dr. Reinhold Festge
VDMA-Präsident

Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

Daten und Fakten

- Deutschland ist in der Europäischen Union zweit teuerster Maschinenbau-Standort: Arbeitskosten pro Stunde¹ 41,50 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert im Maschinenbau (2013)² 25,4 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2014)² 55.288 €
- Erfolg von Arbeitsmarktreformen:
Langzeitarbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung³

	2014	2005
– Deutschland	2,2 %	5,9 %
– EU (28)	5,1 %	4,1 %
- Hohe Bedeutung der Stammebelegschaft⁴:
 - Anteil geringfügig Beschäftigter im Maschinenbau unter 5 %
 - Anteil der Stellenangebote mit Befristung aus dem Maschinenbau ca. 15 %
- Zeitarbeit:
 - Rund 90 % der Maschinenbau-Unternehmen nutzen Zeitarbeit zumindest gelegentlich⁵
 - Zeitarbeitsquote im Maschinenbau⁶ 5 bis 6 %
 - Seit 1.11.2012 Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 50 %
- Selbständige Werkvertragsnehmer sind im Durchschnitt höher qualifiziert, verdienen besser und haben mehr Autonomie am Arbeitsplatz als abhängig Beschäftigte⁷
- Durchschnittliche Abfindungskosten in Europa (2014)⁸:

– Frankreich	43.985 €
– Deutschland	39.370 €
– Großbritannien	34.011 €
– Schweiz	19.126 €

¹ 2014, VDMA-Schätzung

² Quelle: Statistisches Bundesamt

³ Quelle: EUROSTAT

⁴ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁵ Quelle: VDMA-Umfrage

⁶ Zeitarbeitnehmer/Stammebelegschaft; Ende 2014, VDMA-Schätzung

⁷ Quelle: IW Köln

⁸ Quelle: Deloitte

VDMA-Position

Internationale Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum und eine langfristige Beschäftigungssicherung erfordern ein dynamisches Umfeld, eine arbeitsteilige Wertschöpfung und einen flexiblen Arbeitsmarkt. Auftragsschwankungen gehören in der globalisierten Wirtschaft zum Alltag. Die Unternehmen müssen mit einem zyklischen Auftragseingang atmen und ihre Kapazitäten schnell anpassen können. Zudem sind sie in einem wachsenden Innovationsdruck ausgesetzt. Verzweigte Wissens- und Technologienetze sind gerade im Hinblick auf Industrie 4.0 unerlässlich.

- Flexibilität des Arbeitsmarktes erhalten und ausweiten
 - Keine weitere Regulierung der Zeitarbeit, insbesondere keine Verschärfung des „Equal-Pay-Grundsatzes“ und keine Begrenzung der Überlassungsdauer
 - Sachgrundlose Befristung nicht antasten und das Vorbeschäftigungsverbot durch eine sechsmonatige Wartezeit ersetzen
 - Reform des Kündigungsschutzes mit einer optionalen Abfindungsregelung und einer Wartezeit von 18 Monaten
- Werk- und Dienstverträge als Grundlage für Wissens- und Innovationsnetzwerke in einer arbeitsteiligen Wirtschaft nicht erschweren, insbesondere keine Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung und keine Begrenzung der Auftragsvergabe
- Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit, Ausweitung des Günstigkeitsprinzips
- Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages
 - Größere betriebliche Gestaltungsspielräume durch mehr tarifvertragliche Öffnungsklauseln
 - Reduzierung auf echte Mindestbedingungen
 - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
- Anpassung des Entgelt- und Sicherungssystems an tendenziell späteren Ausstieg aus dem Berufsleben, behutsame Abkehr vom Senioritätsprinzip, weiterer Ausbau der „Flexi-Rente“
- Frauenförderung primär durch gezielte Qualifizierung für Führungspositionen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Keine zusätzlichen Belastungen z. B. durch die Einführung einer „Anti-Stress-Verordnung“ oder des Entgeltgleichheitsgesetzes

Außenwirtschaft

Daten und Fakten

- Zunehmende Internationalisierung der deutschen Wirtschaft:

	2014	2004
– Exportanteil am BIP ¹	38,9 %	32,2 %
– Importanteil am BIP ¹	31,4 %	25,3 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2013)		rund 919 Mrd. €
- Neue Herausforderungen für die traditionelle Welthandelsordnung durch Handel mit Dienstleistungen sowie digitalen Produkten und elektronisch vertriebenen Waren
- Deutsches Exportvolumen (2014) 1.134 Mrd. €
- Maschinenbau (2014):

– Exportvolumen	152 Mrd. €
	(2013: 149 Mrd. €)
– Exportquote ²	76,5 %
	(2013: 76,4 %)
– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	92 Mrd. €
	(2013: 93 Mrd. €)
– Welthandelsanteile ³	
Deutschland	16,1 %
China	12,5 %
USA	11,2 %
Japan	8,7 %
– Deutsche Anbieter sind Weltmarktführer in 18 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus	
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2013)	28,9 Mrd. €
- Exportkreditgarantien des Bundes (2014)

– Summe	24,8 Mrd. €
– Davon 84 % für Lieferungen in Schwellen- und Entwicklungsländer	

¹vorläufig

²Export in Prozent der Produktion

³Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer

VDMA-Position

Die Wirtschaftspolitik muss sich aktiv für die Wettbewerbsposition der Investitionsgüterindustrie einsetzen – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Europa und die Welt – das Auslandsengagement der deutschen Investitionsgüterindustrie spiegelt das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft wider. Trotz nach wie vor positiver Entwicklungen im Welthandel werden die Vorteile der Globalisierung zunehmend durch Handelskonflikte und politisch motivierte Einschränkungen konterkariert.

- Freihandel fördern, zunehmenden Protektionismus konsequent bekämpfen
 - WTO als Garant für freien Welthandel stärken
 - Pragmatische Ansätze zur Auflösung des Stillstands in der Doha-Runde finden, z. B. durch Sektorabkommen
- Abschluss von bilateralen Freihandelsabkommen, solange keine WTO-Einigung möglich ist
 - Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigen
 - Fokus auf Abschluss der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) legen
- Wettbewerbsgerechte Ausgestaltung der Hermes-Deckung
 - Schaffung vergleichbarer Bedingungen für Exportkreditversicherungen in OECD- und Nicht-OECD-Ländern
 - Exportfinanzierung für Small Tickets reformieren
- Außenwirtschaftspolitik als Aufgabe ersten Ranges verstehen
 - Außenwirtschaftsbürokratie abbauen
 - Auslandsmessepolitik weiterhin verlässlich und nachfrageorientiert gestalten sowie an regionale Entwicklungen und Kostensteigerungen anpassen
 - Markteintritt in neue Märkte, z. B. Afrika, stärker flankieren
 - Visa-Erteilung für Schulungen in Deutschland deutlich vereinfachen und beschleunigen
- Exportkontrolle verbessern
 - Vereinfachung der Rechtslage, Abwehr überzogener Kontrollen in der EU und internationalen Gremien
 - Ausufernde Embargopolitik eindämmen, Beschränkungen präziser und verständlicher fassen

Digitalisierung – Industrie 4.0

Industrie 4.0

Daten und Fakten

- Von Industrie 1.0 zu Industrie 4.0¹:
 - 1784 erster mechanischer Webstuhl (Industrie 1.0)
 - 1870 erstes Fließband (Industrie 2.0)
 - 1969 erste speicherprogrammierbare Steuerung (Industrie 3.0)
 - 2011 Cyber Physical System (Industrie 4.0)
- Maschinen- und Anlagenbau ist sowohl Anbieter und Anwender von Industrie-4.0-Technologien als auch Datenlieferant für die Industrie 4.0. Die Daten der Maschinen werden erfasst, verstanden, interpretiert und in Innovation übersetzt
- Ausgangssituation für den Industriestandort Deutschland
 - Marktführerschaft im Maschinen- und Anlagenbau
 - Weltweit beachtete IT-Kompetenz
 - Innovationsführerschaft in Embedded Systems und der Automatisierungstechnik
- Industrie 4.0 ist im Maschinen- und Anlagenbau angekommen: knapp 60 % der Unternehmen befassen sich mit Industrie 4.0²
- Deutsche Maschinenbauprodukte bestehen im Durchschnitt zu 30 Prozent aus Software und Automatisierungstechnik³
- Internet der Dinge: Schon heute sind geschätzt 17 Milliarden Geräte über das Internet vernetzt. Bis 2020 können es 28 oder sogar 50 Milliarden sein⁴

¹Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft (Hrsg.), Deutschlands Zukunft als Produktionsstandort sichern, Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt, Industrie 4.0, S. 17, 2013

²VDMA-Impulsstudie „Industrie 4.0-Readiness“, 2015
(www.industrie40-readiness.de)

³VDMA-Trendstudie 2015: IT und Automation im Maschinenbau

⁴Quelle: Massachusetts Institute of Technology, Ericsson, Cisco

VDMA-Position

Das Internet hat unsere Lebenswelt radikal verändert. Die industrielle Produktion ist vom Wandel nicht ausgenommen. Im Gegenteil – dem Maschinen- und Anlagenbau kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Eine intelligenterere Produktion und neue Geschäftsmodelle werden durch Industrie 4.0 möglich und entstehen bereits. Aber der Entwicklungsweg ist und bleibt anspruchsvoll. Nur im Schulterschluss mit Gesellschaft und Politik können die hohen Anforderungen an Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt werden. Es geht darum, den Industriestandort Deutschland in die Zukunft zu führen.

- Deutschland muss sich als Leitmarkt und Leitanbieter positionieren
 - Umsetzung durch öffentlich zugängliche Beispiele/Testumgebungen beschleunigen
 - Breitband-Internet-Infrastruktur flächendeckend ausbauen
- Industrie 4.0 europäisch denken
 - EU-Binnenmarkt 4.0 schaffen
- Industrie 4.0 Forschung stärken
 - Ausbau der industriellen Gemeinschaftsforschung
 - Transfer der Ergebnisse aus Industrie 4.0 Projekten durch eine breitenwirksame Innovationsplattform
- Industrie 4.0 nur mit Security denken
 - Weltweite Harmonisierung notwendig
 - Aufbau von „Security Made in Germany“
- Gesetzgeberische Schnellschüsse vermeiden
 - Evaluierung des derzeitigen Rechtsrahmens durchführen
 - Vertragsautonomie achten
- Weiterbildung ausbauen und Neuqualifizierung fördern
 - Wissen zur Digitalisierung und Informatikkenntnisse auf allen Bildungsstufen stärken
 - Softwarekompetenz ausbauen
- Standardisierung als Schlüssel zur Umsetzung
 - Konkrete Standards im Referenzarchitekturmodell RAMI 4.0 verorten und in Testumgebungen validieren
 - Kooperation von nationalen und internationalen Normungsgremien mit bestehenden Industrie-Konsortien stärken

Daten und Fakten

- Energietechnische Entwicklungen deutscher Unternehmen setzen Akzente auf den Weltmärkten
- Anteile der Energieträger an der Bruttostromerzeugung in Deutschland (2014)¹

– Braunkohle	24,9 %
– Steinkohle	18,9 %
– Kernenergie	15,5 %
– Erdgas	9,6 %
– Windenergie	9,1 %
– Biomasse	6,8 %
– Photovoltaik	5,6 %
– Wasserkraft	3,1 %
– Sonstige	6,5 %
- Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Stromverbrauch^{1,2}

– 2014	27,3 %
– 2050 (Ziel der Bundesregierung)	80 %
- Strompreise für die Industrie (2014/2015), Indexwerte³

– Polen	53
– Frankreich	58
– EU (28)	74
– Italien	99
– Deutschland	100
- EEG-Differenzkosten (2014)⁴ 22,3 Mrd. €

¹Quelle: AG Energiebilanzen e.V., vorläufig

²Quelle: Energiekonzept der Bundesregierung

³Quelle: EUROSTAT, durchschnittliche monatliche Stromkosten (inkl. Steuern) von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch, teilweise geschätzt, eigene Berechnung

⁴Quelle: EEG-Jahresabrechnung 2014 der Übertragungsnetzbetreiber

VDMA-Position

Der Maschinen- und Anlagenbau bedarf verlässlicher, konsistenter energiepolitischer Rahmenbedingungen. Mit modernsten Technologien leistet er einen aktiven Beitrag zur Realisierung der Energiewende. Energieversorgung und effiziente Energienutzung entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie die Systemintegration aller Elemente sind wesentliche Kernkompetenzen.

- Umsetzung der Energiewende technologie-neutral anlegen
 - Politikziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen und verzahnt adressieren
 - Effiziente Energienutzung, Energieinfrastruktur und Energieumwandlung als System und gleichrangige energiepolitische Säulen begreifen
 - Industriestruktur Deutschlands nicht gefährden, Wertschöpfungsketten erhalten und neue aufbauen
- Marktwirtschaftlichen Instrumenten den Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen geben
- Probleme des Energiemarktes beheben
 - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
 - Umweltfreundliche Technologien wettbewerbsfähig machen, staatliche Förderung nach strengen Kriterien
 - Strom-, Wärme-, Gebäude- und Transportsektoren gemeinsam voran bringen
- Weiterentwicklung des EEGs und Reform des Strommarktdesigns miteinander verzahnen
 - Ausschreibungen für Erneuerbare Energien als Anreiz für Innovationen begreifen
 - Alle Energiemarkt-Segmente für Flexibilitätsoptionen öffnen
- Energieeffizienz zum zentralen Bestandteil der Energiewende machen
 - Aufkommens- und technologie-neutrale, auf Freiwilligkeit basierende Investitionsanreize setzen
 - Stärker auf den Bestand in der Industrie und bei Gebäuden fokussieren, Lebenszykluskosten als Kriterium nutzen
 - Beratungsangebote im Industriesektor verbessern

Daten und Fakten

- Deutscher Anteil am Maschinenbauumsatz der EU 28 (2014)¹ 40 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 28 (2014)² 65,3 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 27 (2013)³ 9,7 Mrd. €
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
 - Dauerhaft, seit Oktober 2012
 - Volumen über 500 Mrd. €
 - Ausgeschöpft zu 26 %
 - Deutsche Haftungsobergrenze 190 Mrd. €
- Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)
 - Befristet, seit 1. Juli 2013 in ESM überführt
 - Volumen 440 Mrd. €
 - Kreditvergabekapazität ausgeschöpft zu⁴ 42 %
 - Deutsche Bürgschaft bis zu 253 Mrd. €
- Staatlicher Schuldenstand in EU-Ländern zum BIP (2014)⁵
 - Europäische Union (28) 86,8 %
 - Euroraum (17) 92,2 %
 - Niederlande 68,8 %
 - Deutschland 74,7 %
 - Frankreich 95,0 %
 - Italien 132,1 %
- Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung von derzeit 15 % bis 2020 auf 20 % zu erhöhen⁶
- 74 % der Europäer glauben, dass die EU zu viel Bürokratie schafft⁶

¹Quelle: EUROSTAT, VDMA-Schätzung

²Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

³Quelle: Deutsche Bundesbank, Bestandserhebung über Direktinvestitionen

⁴Stand 30.09.2015

⁵Quelle: EUROSTAT

⁶Quelle: EU Kommission

VDMA-Position

Die Industrie in Europa ist nicht nur auf eine dauerhaft tragfähige Gemeinschaftswährung angewiesen, sondern benötigt darüber hinaus ein stabiles europapolitisches Umfeld, das Eigeninitiative fördert, die Innovationskraft stärkt und generell die Wettbewerbsfähigkeit steigert. Entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg einer europäischen industriellen Zukunftsvision wie Industrie 4.0 werden auf EU-Ebene gesetzt.

- Solide Industriebasis in Europa ausbauen
 - Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie verbessern und so europäische Wertschöpfungsketten erhalten und neue schaffen
 - Keine europäischen Champions durch staatlich getriebene Sektorenförderungen schaffen
 - Innovations- und Investitionshemmnisse durch Verbesserung des Binnenmarkts abbauen
 - Industrielle Basis in Europa sichern, Industrieanteil auf mindestens 20 % erhöhen
- Euro stabilisieren und Reformdruck aufrechterhalten
 - Maschinen- und Anlagenbau setzt auf die Zukunft des Euro
 - Krisenländer müssen Strukturreformen konsequent umsetzen, keine Ausnahmen vom Stabilitätspakt zulassen
 - Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene
 - Keine dauerhafte Finanzierung von Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank
- Flüchtlingskrise europäisch lösen
 - Flüchtlingsströme EU-weit koordinieren und gemeinsames EU-Asylrecht entwickeln
 - Dauerhafte Einschränkung des Schengen-Abkommens vermeiden
 - Flüchtlingen Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern
- EU-Energieunion konsequent verwirklichen

Fachkräftesicherung/Bildung

Fachkräftesicherung

Daten und Fakten

- Maschinenbau ist einer der größten Arbeitgeber für Ingenieure:
Über 183.100 Ingenieure, 16,7 % der Beschäftigten¹
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Hochschulen²
 - Maschinenbau (Universität) 36 %
 - Maschinenbau (FH/HAW) 31 %
 - Elektrotechnik (Universität) 37 %
 - Elektrotechnik (FH/HAW) 40 %
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung³
 - Ausbildungsquote Maschinenbau (2014) 6,6 %
 - Ausbildungsquote Verarbeitendes Gewerbe (2014) 5,3 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2013) 41,5 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Verarb. Gewerbe (2013) 33,1 %
- Mangel an qualifiziertem Nachwuchs im Maschinenbau:
Durchschnittliche Vakanzzeiten von über 100 Tagen von offenen Stellen im fertigungstechnischen Bereich⁴
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
 - Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss⁵ 5,5 %
 - Über 250.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung⁶
 - Mindestgehalt für die Zulassung ausländischer Akademiker in Mangelberufen zum deutschen Arbeitsmarkt⁷ 37.752 €
 - 2012 studierten 6,35 % der weltweit 4,5 Mio. Auslandsstudenten in Deutschland (2000: 9 %)⁸
 - Anteil ausländischer Studierender in ingenieurwissenschaftlichen Kernfächern im Wintersemester 2014/2015⁵:
 - Maschinenbau/Verfahrenstechnik 14,3 %
 - Elektrotechnik 23,7 %

¹ 2013; Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung

² Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, 2014

³ jeweils 31.12.; Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB

⁴ November 2015; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁵ Quelle: Statistisches Bundesamt

⁶ Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

⁷ Stand 2015; Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

⁸ Quelle: OECD

VDMA-Position

Qualifizierte Mitarbeiter sind ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Maschinen- und Anlagenbaus. Schon heute fehlt es an qualifiziertem Nachwuchs bei Ingenieuren und vor allem bei Facharbeitern. Brachliegende Potenziale im Inland müssen deshalb erschlossen, Flüchtlinge qualifiziert und geeignete Zuwanderer gewonnen werden. Bei der Fachkräftesicherung kommt dem Staat mit seinen Bildungsinstitutionen eine Schlüsselrolle zu.

- Studium
 - Qualität der Lehre in den Ingenieurwissenschaften verbessern
 - Abbruchquoten in den Ingenieurwissenschaften intelligent und ohne Qualitätsverlust reduzieren
 - Informatikkompetenzen (Industrie 4.0) erhöhen
 - Bachelor als berufsqualifizierenden Abschluss stärken
- Berufliche Bildung
 - Duale Ausbildung erhalten und stärken
 - Berufsstand der Facharbeiter wertschätzen
 - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Allgemeine schulische Bildung
 - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
 - Technik-, Informatikkompetenzen und Berufsorientierung stärken
- Weiterbildung
 - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
 - Generationenübergreifenden Wissenstransfer sicherstellen
- Inländische Beschäftigungspotenziale
 - Anteil junger Menschen ohne Abschluss reduzieren
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen; mehr Betreuungsangebote
 - Qualifizierte ältere Mitarbeiter länger beschäftigen
- Qualifizierte Zuwanderung/Flüchtlinge
 - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschlands erhöhen
 - Im Ausland erworbene Kompetenzen anerkennen, formale Hürden für den Verbleib qualifizierter Ausländer abbauen
 - Asylsuchende mit Bleiberecht qualifizieren und ihnen den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen
 - Vorrangprüfung nach 3 Monaten aufheben

Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Forschungsausgaben in Deutschland¹ über zwei Drittel
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung 2014¹ 57 Mrd. €
Anteil des Maschinenbaus daran 9,9 %
- Zuwachs der internen FuE-Aufwendungen 2015 (Plan)¹
 - Wirtschaft insgesamt 4 %
 - Maschinenbau 6 %
- Eigenfinanzierungsanteil der gesamten FuE-Aufwendungen 2013¹ (in Klammern Staatsanteil)
 - Maschinenbau 97,5 % (2,0 %)
 - Wirtschaft insgesamt 96,3 % (3,5 %)
- Hohe Innovationskraft und technische Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus
 - Einer der größten Ingenieurarbeitgeber: 183.100 Ingenieure im Jahr 2013²
 - Innovation ist Forschung, Entwicklung und Konstruktion: 46 % der Ingenieure arbeiten in diesem Bereich²
 - Innovationsaufwendungen des Maschinenbaus: 13,3 Mrd. € (2013), 5,7 % des Umsatzes³
 - Anteil Unternehmen mit Innovationen (2013)³ 64 %
 - 24 % des Branchenumsatzes im Jahr 2013 wurde mit Produktneuheiten generiert
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (2003 – 2012)⁴
 - Deutschland 25 %
 - USA 19 %
 - Japan 16 %
- Ca. 300 Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen

¹Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

²Quelle: VDMA Ingenieurerhebung

³Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

⁴Quelle: EUROSTAT, 2015, Stand 10/2015

VDMA-Position

Forschung und Innovation liegen im ureigenen Interesse der Unternehmen. Der Staat sollte sie mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen unterstützen, darf jedoch nicht lenkend eingreifen. Mit seinen Produkten und Dienstleistungen sichert der Maschinen- und Anlagenbau die Wettbewerbsfähigkeit seiner Kunden und bietet hochinnovative Lösungen für die drängenden umwelt- und energiepolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Neueste Technologien werden integriert und zur Anwendung gebracht – z. B. aus der Elektronik und der Industrial IT. Der Maschinen- und Anlagenbau ist Schlüsselindustrie für das Gelingen von Industrie 4.0, der Mobilität von morgen und Ressourceneffizienz.

- Generelle Förderung der Innovationsfähigkeit durch Senkung der Gesamtsteuerlast und Bürokratieabbau
- Einführung einer allen Unternehmen offenstehenden steuerlichen Forschungsförderung
- Ausbau der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) des BMWi
- Stärkung der breitenwirksamen Verbund- und Produktionsforschung
- Wiedereinsetzung eines Beratungsgremiums aus Industrie und Wissenschaft für die Produktionsforschung
- Optimierte Förderverfahren und breitenwirksamer Ergebnistransfer insbesondere zu KMU durch Innovationsplattformen wie die Effizienzfabrik
- Unternehmensfreundliche Gestaltung der europäischen Forschungsförderung („Horizont 2020“)
 - Vorwettbewerblichkeit und Breitenwirksamkeit sicherstellen
 - Produktions- und Industrieforschungsprogramme wie „Factories of the Future“ stärken
 - Zugang des industriellen Mittelstands, insbesondere der „Midrange Companies“ mit 250 bis 1.000 Mitarbeitern, zu den Fördermaßnahmen der EU verbessern
- Innovationsschutz: Stärkung der gewerblichen Schutzrechte, Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage

Soziale Sicherung

Daten und Fakten

- Sozialausgaben auf hohem Niveau¹

	2014	2009
– Insgesamt (Mrd. €)	849	750
– Je Einwohner (€)	10.458	9.168
– Anteil am BIP (%)	29,2	30,5
- Lohnzusatzkosten:

Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung (2016) ²	39,8 %
--	--------
- Schere zwischen Beitrags- und Rentenentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung: Zunahme 2014 / 1991³

– Beiträge	86 %
– Renten	100 %
- (Erwarteter) Altersquotient⁴:

– 2020	37
– 2040	55
– 2060	61
- Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Deutschland (2014)³

– Insgesamt	61,8 Jahre
– Altersrenten	64,1 Jahre
– Durchschnittliche Rentenbezugsdauer (2014)	19,3 Jahre
- Leistungsausgaben je Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung in €⁵

– 2014	2.924
– 2004	1.995
- Leistungsausgaben in der sozialen Pflegeversicherung in Mrd. €⁵

– 2014	24,2
– 2004	16,8

¹Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt

²erwarteter Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil in Prozent des beitragspflichtigen Entgelts; Stand 11/2015

³Quelle: Deutsche Rentenversicherung

⁴Quelle: Statistisches Bundesamt, über 64jährige in Prozent der Zahl der 20- bis 64-Jährigen

⁵Quelle: BMG

VDMA-Position

Effiziente gesetzliche Sozialversicherungssysteme sind – gepaart mit mehr Eigenverantwortung – die Voraussetzung für wettbewerbsfähige Lohnzusatzkosten, für eine generelle Begrenzung der damit einhergehenden Umverteilung und für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen nachhaltig und grundlegend reformiert und saniert werden.

- Deckelung der Sozialbeiträge, Sozialkassen nicht zweckentfremden für Aufgaben der allgemeinen staatlichen Fürsorge
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit
- Reform der Rentenversicherung
 - Stabilisierung der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung unter Wahrung bereits erworbener Anwartschaften
 - Renteneintrittsalter an steigende Lebenserwartung anpassen, Anreize für freiwilligen späteren Renteneintritt setzen
 - Versicherungsmathematisch korrekte Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn
 - Ermutigung zu kapitalgedeckter Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
- Reform der Krankenversicherung
 - Nutzung der im Gesundheitsfonds verbliebenen Spielräume für einen wirksamen Wettbewerb zwischen den Kassen
 - Entkoppelung von Arbeitsverhältnis und Versicherung: Beiträge in Form einer Bürgerpauschale, Sozialausgleich im Rahmen des Steuer- und Transfersystems
 - Bessere Anreize für kostenorientiertes Verhalten der Patienten durch Kostentransparenz und Selbstbeteiligung
- Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten
 - Beachtung des Lohnabstandsgebots
 - Anreize zur Arbeitsaufnahme durch bessere Zuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II
- Keine ungerechtfertigte Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme bspw. über Einwanderung

Daten und Fakten

	2015 ¹	2005	1995
• Staatsquote ²	43,7 %	46,2 %	54,7 %
• Abgabenquote ²	38,5 %	37,4 %	39,2 %
• Steuerquote ²	23,1 %	20,8 %	22,0 %
• Schuldenstandsquote ²	70,8 %	66,9 %	54,8 %
• Zinssteuerquote ³	6,8 %	13,2 %	15,6 %
• Die Nettoumsatzrendite (Jahresergebnis in % der Gesamtleistung) lag 2013 im Maschinenbau bei 4,9 % ⁴ . Von den erfassten Unternehmen hatten <ul style="list-style-type: none"> – 50 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 3,3 % – 25 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 0,9 % 			
• Gewerbesteuer ⁵ <ul style="list-style-type: none"> – Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz – Knapp 5 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens 			
• Steuer- und Abgabenlast eines mittelständischen Unternehmens im Jahr 2013 (Anteil vom Gewinn) ⁶ <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland 48,8 % – Welt 40,9 % 			
• Zeit, die ein mittelgroßes Unternehmen mindestens dafür aufwendet, seine Steuerschuld zu berechnen, Steuererklärungen anzufertigen und Steuern abzuführen ⁶ <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland 218 Stunden – Großbritannien 110 Stunden – Frankreich 137 Stunden – USA 175 Stunden 			

¹ Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

² im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen; Quelle: Sachverständigenrat

³ Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen; Quelle: Sachverständigenrat

⁴ nicht hochgerechnete, vorläufige Werte; Quelle: Deutsche Bundesbank

⁵ Quelle: BDI/VCI, Bundesministerium der Finanzen

⁶ Quelle: Paying Taxes 2015, PWC / Weltbank

VDMA-Position

Der Stillstand in der Steuerpolitik gefährdet zunehmend die Attraktivität des Standorts Deutschland. Das Steuerrecht muss mit international konkurrenzfähigen Steuersätzen, einem systematischen, einfachen Steuerrecht, großzügigen Abschreibungsbedingungen sowie einer steuerlichen Forschungsförderung einen Beitrag für mehr Wachstum leisten. Steuererhöhungen können wir uns in dieser Situation nicht leisten!

- Leistungsträger der Gesellschaft nicht überfordern, Unternehmen nicht durch weitere Steuererhöhungen belasten
 - Keine Verschärfung der Erbschaftsteuer auf betrieblich gebundenes Vermögen, realitätsnahe Bewertung, Berücksichtigung mittelstandstypischer Verfügungs- und Entnahmebeschränkungen
 - Keine Erhöhungen der Ertrag- und Verbrauchsteuern
- Steuerstrukturreform verwirklichen, Konsolidierungserfolge sinnvoll nutzen, Steuerbürokratie abbauen
 - Ersatz der Gewerbesteuer durch ein Zuschlagsrecht der Gemeinden auf die Einkommen- / Körperschaftsteuer
 - International abgestimmte Regelungen zur Gewinnaufteilung zwischen Stammhaus und Montagebetriebsstätte
 - Reduzierte Dokumentationspflichten für Verrechnungspreise
 - Erhalt der Freistellungsmethode in den Doppelbesteuerungsabkommen
 - Marktgerechte Verzinsung von Steuerforderungen und Pensionsrückstellungen
 - Angemessene Verlustverrechnungsmöglichkeiten für operativ entstandene Verluste; Beibehaltung des ungekürzten Verlustvortrags, Abschaffung Mindestbesteuerung, Ausweitung des Verlustrücktrags
- Stärkung von Investitionen und Innovationen
 - Unbefristete Wiedereinführung der 25%igen degressiven Abschreibung auf Anlageinvestitionen
 - Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung
 - Finanzierungsneutralität durch Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Eigenkapitalzinsen

Daten und Fakten

- Marktüberwachung
 - Von den 203 RAPEX-Meldungen des Jahres 2013, die von Deutschland ausgingen, betraf lediglich eine Meldung Maschinen für Gewerbe und Industrie
- Technische Handelshemmnisse
 - Im Zweifelsfall relevant für jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)
 - Marktvolumen dieser Lieferungen allein im deutschen Maschinenbau über 84 Mrd. € (2014)
- „New Legislative Framework“ (NLF)
 - Umfasst ca. 30 Rechtsvorschriften für die CE-Kennzeichnung
 - Zehn der bestehenden Rechtsvorschriften wurden bereits an den NLF angeglichen
 - Maschinenrichtlinie, die schon weitgehend dem NLF entspricht, wird derzeit evaluiert, um den Änderungsbedarf zu ermitteln
- Konformitätsbewertungsverfahren durch den Hersteller
 - 95 % der Hersteller im Maschinenbau führen das Konformitätsbewertungsverfahren zum Nachweis der gesetzlichen Anforderungen selbst durch (Selbsterklärung)
- Normung als strategisches Element des Maschinenbaus
 - Trägerschaft der DIN-Normenausschüsse Maschinenbau (NAM) und Werkzeugmaschinen (NWM) mit ca. 3000 nationalen und internationalen Normen, über 200 Gremien mit ca. 2000 Experten
 - Ausrichtung auf die speziellen Bedürfnisse des mittelständischen Maschinenbaus (Anteil KMU 85 %)
 - Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarkts: Verantwortung für mehr als 700 harmonisierte Normen zur EG-Maschinenrichtlinie
 - Erstellung von technischen Spezifikationen des Maschinenbaus (über 250 VDMA-Einheitsblätter)

VDMA-Position

Die Gesetzgebung zur Produktsicherheit bestimmt die Zugangsbedingungen auf den Investitionsgütermärkten wesentlich – in Europa und weltweit. Diese Gesetze müssen schlank, praxistauglich und innovationsfreundlich sein. Der „New Legislative Framework“, die erfolgreiche Weiterentwicklung des „New Approach“, sollte weiterhin zur Beseitigung von Schwachstellen genutzt werden.

- Anwendung der bewährten Prinzipien des „New Legislative Framework“ auf Produktsicherheit, Arbeits- und Umweltschutz
- Keine übereilte Überarbeitung der Maschinenrichtlinie
- Freier Warenverkehr durch einheitliche Anwendung und einheitlichen Vollzug der Binnenmarktvorschriften im Europäischen Wirtschaftsraum
- Fairer Wettbewerb und Marktüberwachung
 - Stärkung der staatlichen Marktüberwachung
 - Beibehaltung und Verstärkung physischer Kontrollen der Produkte statt einer Konzentration auf Konformitätsunterlagen
 - Keine Pflicht zum Einstellen von Herstellerunterlagen in eine Datenbank
 - Keine Dritt-zertifizierung als Ersatz für Marktüberwachung
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Harmonisierung von Marktzugangsbedingungen
 - Praxisnahe und innovationsfreundliche Norminhalte
 - Normung als marktkonformes Instrument der Selbstkoordination der Wirtschaft
- Stopp der Zertifizierungsflut, keine weiteren Zertifizierungsgrundlagen, auch nicht indirekt durch Managementsystemnormen
- Marktgerechte und wettbewerbsfördernde Gesetzgebung und Normung auf europäischer und internationaler Ebene
 - Vermeidung einer Zersplitterung der Märkte
 - Stärkung der Eigenverantwortung der Unternehmen
 - Vermeidung von Dritt-Zertifizierung
 - Transparente und einheitliche Regeln für internationalen Handel durch Verzicht auf nationale Bestimmungen

Daten und Fakten

- Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz – messbare Fortschritte bei der Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch
- Industrie als Partner bei der Realisierung der angestrebten Umweltziele
 - Verringerung der Emission von Treibhausgasen 1990 bis 2014 insgesamt um 27 %, allein in der Industrie (1990 bis 2013) um 36 %¹
 - Umsatz mit Umweltschutzgütern (2013)² 58,2 Mrd. €
darunter Maschinenbau sowie Reparatur und Installation von Maschinen/Ausrüstungen 19,8 Mrd. €
 - Exportweltmeister bei Umweltschutzgütern (2011)³
Exportvolumen rund 50 Mrd. €
Welthandelsanteil 15,2 % (China 14,5 %, USA 10,8 %)
 - Investitionen der Industrie in den Umweltschutz (2012)² 7,2 Mrd. €
 - Starke Position bei Umweltinnovationen: Gemessen am Anteil an den internationalen Patentanmeldungen zählt Deutschland in allen Umweltbereichen zu den wichtigsten Patentanmeldern³
- Mit gut 7.700 Unternehmen mit ISO 140001 ist Deutschland europäischer Vorreiter⁴
- Aktiver und wirksamer Beitrag des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus zum Umwelt- und Ressourcenschutz
 - Umweltschonende Fertigung in den eigenen Betrieben
 - Anbieter von Lösungen für die nachhaltige Welt von morgen (ca. 400 Unternehmen haben sich der Blue Competence Initiative angeschlossen)
 - Anbieter umwelttechnischer Anlagen, Ausrüstungen und Maschinen zur Vermeidung und Reduzierung schädlicher Umwelteinwirkungen
 - Rund 57.000 und damit 22 % aller Beschäftigten für den Umweltschutz arbeiten im Maschinenbau (2013)²

¹Quelle: Umweltbundesamt, erste Schätzungen für 2014

²Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: BMU/Umweltbundesamt (Hrsg.), NIW/ISI 2014

⁴Quelle: International Organization for Standardization (ISO)

VDMA-Position

Moderne Umwelttechnologien sind ohne Maschinen- und Anlagenbau nicht denkbar. Seine Produkte und Leistungen helfen Unternehmen, ressourcenschonend zu produzieren. Intelligente Techniken tragen wesentlich zur Lösung von Umweltproblemen bei. Ihre Umsetzung gelingt am besten, wenn Umweltpolitik weniger auf Regulierung und mehr auf Wettbewerb und Innovationsfähigkeit setzt.

- Verstärkter Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz – im Gegenzug Entrümpelung des Umweltordnungsrechts
- Keine föderale Zersplitterung des Umweltrechts
- Technologieoffene Formulierung von politischen Zielvorgaben und Verzicht auf Implementierung des Top-Runner-Ansatzes
- Vollständige Harmonisierung der Umwelthanforderungen im Kontext der produktbezogenen Richtlinien, Nutzung der EG Ökodesignrichtlinie nach Anpassung an den New Legislative Framework (NLF)
- Förderung des Engagements für den Umweltschutz durch Anreizsysteme: Gleichbehandlung von EMAS und ISO 14001 bei Verwaltungserleichterungen für Betriebe mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen
- Anerkennung von freiwilligen Systemen zur Umweltverbesserung und Berichterstattung und damit einhergehend Verzicht auf die Einführung neuer Methoden wie z.B. Organisationsfußabdrücke
- Entwicklung internationaler Standards in Gesetzgebung und Vollzug unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips
- Sach- und fristgerechte Eins-zu-eins-Umsetzung europäischer Vorschriften in nationales Recht, keine nationalen Sonderwege
- Keine Designlenkung durch produktbezogenen Umweltschutz
- Eindämmung der Kennzeichenflut
- Keine Registrierpflichten für Investitionsgüter und Differenzierung zwischen B2B und B2C bei den Rücknahmeregelungen
- Stärkung der Betreiberverantwortung und Sicherung des Bestandschutzes bei der Neugestaltung von Regelungen im betrieblichen Umweltschutz
- Bürokratieabbau durch weniger Dokumentationspflichten
- Konsequente Anwendung der “One in, one out“-Regel bei neuen Rechtssetzungen

Zukunftsfähiger Staat

Daten und Fakten

- Deutsche Subvention nahe Rekordniveau¹
 - Subventionsvolumen (2013) 158 Mrd. €
 - In Relation zum Bruttoinlandsprodukt 5,9 %
 - Pro Einwohner 1.964 €
- Starke Selektivität der Finanzhilfen¹:
 - Über 80 % aller Subventionen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren
 - 65 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur vier Sektoren², 38 % allein auf den Sektor Verkehr
- Bürokratiekosten der Wirtschaft³:
 - Erfüllungsaufwand ist seit 2011, dem Beginn der Erfassung, um rund 11,8 Mrd. € gestiegen, vor allem durch Einführung des Mindestlohns; den Hauptanteil (93 %) trägt die Wirtschaft
 - Weitere Einsparpotentiale vorhanden
- Staatsquote (2014)⁴: 44,3 %
- Umverteiler Staat:
 - Sozialleistungen pro Kopf (2014) gut 10.500 €
 - Anteil geleisteter Transfers an den Staatsausgaben über 58 %
- Staatsverschuldung (2014)⁵ rund 2,2 Bio. €
(75 % des jährlichen BIP)
 - Zinslast des Bundes (2014)⁶ 7,8 % der Steuereinnahmen
- Bildungsausgaben in Prozent des BIP⁷:
 - Deutschland 4,4 %
 - OECD 5,3 %
- Schrumpfendes produktives Vermögen des Staates:
Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre übersteigen die jährlichen Abschreibungen die Bruttoinvestitionen.
 - Anteil öffentliche Bruttoinvestitionen am BIP (2014)⁸ 2,17 %
(63 Mrd. €)

¹Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts

²Land- und Forstwirtschaft / Fischerei, Bergbau, Verkehr, Wohnungsvermietung

³Quelle: Normenkontrollrat

⁴Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Quelle: Sachverständigenrat

⁵lt. Maastricht-Definition; Quelle: Deutsche Bundesbank

⁶Quelle: Sachverständigenrat

⁷2012; Quelle: OECD

⁸Quelle: Statistisches Bundesamt

VDMA-Position

Der Staat muss seine Aufgaben, aber auch seine Grenzen kennen: Der Maschinen- und Anlagenbau braucht weder Planwirtschaft noch einen Nachwächterstaat. Der Staat soll sich auf die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen beschränken, damit die Unternehmen sich im Wettbewerb bewähren können. Dabei müssen Bund, Länder und Kommunen solide wirtschaften, ein wachstumsfreundliches Umfeld schaffen, Anreize für Investitionen setzen und sich als Dienstleister für Bürger und Wirtschaft verstehen.

- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau
 - Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen
 - Subventionen nur in Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, laufende öffentliche Erfolgskontrolle
 - Subventionen transparenter machen (Subventionsregister), benachteiligten Unternehmen Recht zur Konkurrentenschutzklage einräumen
- Wachstumsbremsen lösen durch generellen Bürokratieabbau, Stärkung der Rolle des Normenkontrollrats
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
 - Eindämmung der Staatsverschuldung
 - Begrenzung der Staatstätigkeit, Deckelung der Staatsquote perspektivisch auf maximal 40 % des BIP
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
 - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
 - Sicherung des Substanzerhalts der öffentlichen Infrastruktur
- Effiziente Produktion der vom Staat bereitgestellten Leistungen
 - Vorrang für Wettbewerb und für private Leistungserstellung
 - Systematische Erschließung von Effizienzreserven
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen
- Entscheidungsprozesse bereits im Vorfeld von Großprojekten partizipativ ausgestalten, auch zum Zweck einer deutlichen Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern
- Bessere Verfassung des Föderalstaates
 - Klare Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden
 - Effizienter Umbau des Länderfinanzausgleichs

Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere unter anderem zu Energie-, Europa-, Forschungs- oder Umweltpolitik finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter www.vdma.org/positionen

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin.

Ihr Ansprechpartner dort ist:

Andreas Rade

Telefon +49 30 306946-16

E-Mail andreas.rade@vdma.org

Für inhaltliche Fragen stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung im Competence Center Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen:

Dr. Johannes Gernandt

Telefon +49 69 6603-1829

E-Mail johannes.gernandt@vdma.org

in der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik:

Dr. Ralph Wiechers

Telefon +49 69 6603-1371

E-Mail ralph.wiechers@vdma.org

Dr. Susanne Krebs

Telefon +49 69 6603-1469

E-Mail susanne.krebs@vdma.org

Frankfurt am Main, im Januar 2016

VDMA

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Fax +49 69 6603-1511

Internet www.vdma.org

www.twitter.com/vdmaonline

www.facebook.com/vdmaonline

VDMA Hauptstadtbüro

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

Fax +49 30 306946-20

E-Mail berlin@vdma.org

VDMA European Office

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

Fax +32 27 06 82 10

E-Mail european.office@vdma.org

Internet www.vdma.org/europa

www.vdma.org